

SIMON GOEKE

«WIR SIND ALLE FREMDARBEITER!» – 1973 ALS EUROPÄISCHER HÖHEPUNKT MIGRANTISCHER KÄMPFE?

«Wir sind alle Fremdarbeiter!» ist der Titel eines folkloristischen Arbeiterlieds, das 1972 auf der ersten Schallplatte im Münchner Trikont-Verlag erschien¹. Die LP trug wiederum den Titel «Wir befreien uns SELBST» und war eine Publikation von Eigenkompositionen der Gruppe *Arbeitersache München*. Diese operaistische Sponti-Gruppe hatte großen Einfluss auf die Alternativkultur in München und darüber hinaus. 1969/1970 hatte sie mit der Agitation von ausländischen Beschäftigten bei BMW, MAN und Siemens begonnen. Bei ihrer Agitation stellten die meist aus der Studentenbewegung stammenden Aktivist*innen fest, dass die Migrant*innen sehr viel bei der Arbeit sangen und gerne feierten. Das führte dazu, dass sie Feste und die Komposition von neuen Arbeiterliedern als Teil ihrer politischen Arbeit verstanden. Nicht ohne Erfolg, denn die Gruppe erhielt tatsächlich bald Zuwachs von griechischen und italienischen Arbeitern und es reiste sogar eine kleine Delegation der italienischen Gruppe *Lotta Continua* ein und unterstützte die Arbeit der Münchner Spontis.²

Auf der Platte wird der Titel des Songs folgendermaßen erklärt:

«Wir sind alle Fremdarbeiter. Das ist eine Parole vom 1. Mai 1971. Sie soll ausdrücken, daß vor dem Kapitalisten kein Unterschied zwischen Ausländern und Deutschen besteht, daß beiden die Arbeit fremdbestimmt und ausbeuterisch erscheinen.»³

«Wir kommen aus Bayern, aus Österreich,
wir kommen aus der Türkei.
Am Fließband sind wir alle gleich,
im Kampf sind wir alle dabei.

**Ans Fließband, ans Fließband,
die Bosse ans Fließband gestellt.
das Fließband, das Fließband
auf Tausend pro Stunde gestellt.**

Wir kommen aus Spanien, aus Griechenland,
wir kommen von überall.
Wir werden wie Tiere ans Band gespannt,
das Wohnheim ist unser Stall.

**Ins Wohnheim, ins Wohnheim,
die Bosse ins Wohnheim gepackt.
Das Wohnheim, das Wohnheim,
das Wohnheim in die Luft gejagt.**

Wir kommen aus Jugoslawien,
wir kommen aus Afrika.
Die Bosse wolln uns gespalten sehen,
die Gewerkschaft plappert Bla Bla.

**Die Unternehmer, die Unternehmer,
zu Fremdarbeitern gemacht.
Die Unternehmer, die Unternehmer,
die Unternehmer aus dem Land gejagt. [...]**

Albino & Arbeitersache: Wir sind alle Fremdarbeiter, 1972.

1 Überarbeitetes Manuskript des Vortrags am 2. September 2023 auf der Tagung «Gelingende und misslingende Solidarisierungen – 50 Jahre spontane Streiks», siehe: www.rosalux.de/dokumentation/id/51049.

2 Vgl. Goetze, Simon: «Wir sind alle Fremdarbeiter!» Gewerkschaften, migrantische Kämpfe und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland der 1960er und 1970er Jahre, Paderborn 2020, S. 306–320.

3 LP der Gruppe *Arbeitersache München*: «Wir befreien uns selbst», Trikont 1972, als CD neu veröffentlicht 2017, siehe: <https://trikont.de/shop/themen/die-fruehen-jahre/arbeitersache-muenchen-wir-befreien-uns-selbst>.

Die Parole ist aber ganz offensichtlich eng verbunden mit den sozialen Bewegungen in Italien, wo auf Kundgebungen und Demonstrationen regelmäßig «siamo tutti operai!» (Wir sind alle Arbeiter!) gerufen wurde. Außerdem gibt es einen Bezug zu den französischen Achtundsechzigern, die aus Protest gegen die Ausweisung von Daniel Cohn-Bendit «Wir sind alle deutsche Juden» skandierten.⁴

Inhalt und Geschichte dieses Songs können schon fast programmatisch für die Fragen nach den internationalen Verbindungen der betrieblichen und migrantisch geprägten Streiks 1973 zu den sozialen Kämpfen Anfang der 1970er Jahre gelten. Sie veranschaulichen, dass die Arbeitsmigration tatsächlich den internationalen Austausch von sich internationalistisch verstehenden Bewegungen förderte und dass die Aktivist*innen die Arbeitsmigration nutzten, um voneinander zu lernen. Außerdem ist der Song eine, wenn auch sehr voluntaristische und suggestive, Interpretation der Stimmung an den Fließbändern Anfang der 1970er Jahre. Denn auch wenn sich die Beschäftigten meist nicht ganz so radikal verhielten, wie es sich die Verfasser*innen des Liedtextes wünschten, scheint es Anhaltspunkte dafür gegeben zu haben, dass er durchaus an die Gemütslage – oder im damaligen Jargon: an das Klassenbewusstsein – der Bandarbeiter*innen anknüpfungsfähig war. So soll auf die Aktivitäten und die Analyse dieser betriebsinterventionistischen linksradikalen Strömung später nochmals eingegangen werden. Zunächst wird es aber um die Frage gehen, wie sich die Streiks 1973 in die westdeutsche Migrationsgeschichte und die Geschichte der sozialen Bewegungen einordnen lassen.

DIE STREIKS 1973 ALS ZÄSUR

Die betrieblichen Streiks 1973 waren sicherlich eine der tiefgreifenden Zäsuren in der Migrationsgeschichte und in der Geschichte der sozialen Bewegungen. Hier sind die ersten großen Erfolge migrantischer Kämpfe auszumachen. Die Streiks bei Pierburg in Neuss, bei Hella in Lippstadt, bei Ford in Köln und anderswo zeigten deutlich, wie stark die westdeutsche Industrie auf die Migrant*innen angewiesen war und wie sehr die Gewerkschaften, obwohl sie sich früh engagierten, dieser Entwicklung immer noch hinterherhinkten. Mit der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 erhielten endlich alle «ausländischen» Beschäftigten auch die Möglich-

keit, in den Betriebsrat gewählt zu werden. Ihre Forderungen konnten nicht weiterhin ignoriert werden, ohne das Prinzip der universalistischen Einheitsgewerkschaft damit in Gefahr zu bringen. Die Streiks 1973 machten aber deutlich, dass das noch nicht auf allen Ebenen verstanden worden war. Vielerorts brachten erst diese Arbeitskämpfe die «Herr im Haus»-Mentalität mancher deutscher Gewerkschaftsvertreter und Betriebsräte nachhaltig ins Wanken. Die betrieblichen Streiks dynamisierten damit also die gewerkschaftliche Vertretung und Integration ausländischer Beschäftigter.

Nach 1973 nahm die Zahl der betrieblichen Streiks enorm ab. Das migrantische Engagement verlagerte sich in die Kommunalpolitik und die Gewerkschaftsgliederungen; es wurde in gewisser Weise also kanalisiert und stärker in neue wie alte Institutionen integriert. Schon Anfang der 1970er Jahre waren Forderung nach einem Wahlrecht für Migrant*innen zumindest auf kommunaler Ebene wahrnehmbar. Wir wissen, dass diese Forderung bis heute weitgehend unerfüllt ist.

Auch in den Gewerkschaften dauerte es noch, bis sich die Präsenz von Migrant*innen in deren Strukturen niederschlug. Die IG Metall war 1983 die erste Gewerkschaft im DGB, die die besondere Lage von Migrant*innen organisationpolitisch mit einer auf allen Ebenen vertretungsberechtigten Personengruppe würdigte. Es dürfte unbestritten sein, dass diese gegen den Vorstand auf dem Gewerkschafttag 1983 durchgesetzte Reform stark dazu beigetragen hat, dass die IG Metall heute so große Teile der Beschäftigten mit Migrationshintergrund organisiert und sich so viele dieser Beschäftigten in der Mitbestimmung engagieren. Es war sicherlich auch eine wichtige Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf um die 35-Stunden-Woche, der nur ein Jahr später begann und an dem sich enorm viele Migrant*innen beteiligten. Ihr großes Engagement in dieser Kampagne hatte auch damit zu tun, dass die Arbeitszeitverkürzung eine konkrete und wirksame Maßnahme gegen den damaligen Stellenabbau in der Industrie bedeutete, von dem wiederum ausländische Beschäftigte im besonderen Maße betroffen waren.⁵ Für die Gewerkschaften und insbesondere für die IG Metall war 1973 also ein extrem ambivalentes Jahr, mit großen Widersprüchen und Verwerfungen, aber aus historischer Sicht eben vor allem Auslöser für eine erfolgreiche und demokratische Weiterentwicklung.

4 Zur Kritik an dieser Aneignung einer jüdischen Perspektive durch die französischen Achtundsechziger vgl.: Voigt, Sebastian/Männel, Benjamin: Jüdische Erfahrungen und die neue Linke in Frankreich. Daniel Cohn-Bendit, Pierre Goldman, André Glucksmann und der Pariser Mai 1968, in: Riccardo Altieri/Bernd Hüttner/Florian Weis (Hrsg.): Die Arbeiter*innenbewegung als Emanzipationsraum. Jüdinnen und Juden in der internationalen Linken (Band 3), luxemburg beiträge Nr. 16, Berlin 2023, S. 89–89, hier S. 92f.

5 Vgl. Carstensen, Anne Lisa/Hess, Sabine/Riender, Lisa/Schwenken, Helen (Hrsg.): Solidarität – Kooperation – Konflikt. Migrantische Organisationen und Gewerkschaften in den 1970/80er Jahren, Hamburg 2022, S. 199–225.

Für die Bundesregierung waren die Streiks 1973 ein wichtiger Anlass, die Anwerbung von Arbeiter*innen im Ausland zu beenden. Die Gewerkschaften hatten das sogar auch gefordert. Offiziell wurde zwar der Konjunkturerinbruch in Folge der Ölkrise angeführt. Es dürfte aber mittlerweile als belegt gelten, dass längere Überlegungen zur vermeintlichen Aufnahmefähigkeit der Bundesrepublik und ökonomische Kosten-Nutzen-Rechnungen diese Entscheidung stärker beeinflussten, als die sich ankündigende Rezession. Schon Ende der 1960er Jahre wurde festgestellt, dass ein erheblicher Anteil, wenn auch nicht die Mehrheit der ausländischen Beschäftigten, sich seit über fünf Jahren in der Bundesrepublik aufhielt und eine aus Sicht der Bundesregierung unerwünschte Einwanderung stattfand.⁶

Der Anwerbestopp führte allerdings nur kurzfristig zu einem Rückgang der «ausländischen» Bevölkerung. Insbesondere die politische Entwicklung in der Türkei und die Tatsache, dass man sich nun entscheiden musste, ob man in Deutschland bleiben oder vermeintlich endgültig zurückwandern möchte, lösten Kettenmigrationen aus. Kinder und andere Verwandte kamen im Zuge der Familienzusammenführung nach und andere beantragten nun Asyl. Alle politischen Maßnahmen, die verhindern sollten, dass die Bundesrepublik zum Einwanderungsland wird, scheiterten so letztlich am Widerstand und dem Bleibewillen der Migrant*innen selbst. Deutschland wurde entsprechend nicht wegen, sondern trotz seiner Migrationspolitik zum Einwanderungsland. Wir reden heute von der postmigrantischen Gesellschaft, nicht etwa, weil es keine neuen Migrationsbewegungen mehr gäbe, sondern weil die Prozesse und Veränderungen, die insbesondere durch die Migrationsbewegungen der 1960er und 1970er Jahre ausgelöst wurden, nicht mehr rückgängig zu machen sind.

Zurück zu 1973 und den betrieblichen Streiks: An den Streiks 1973 beteiligten sich etwa 275.000 Beschäftigte in mindestens 335 Betrieben. Anders als die Septemberstreiks 1969 verteilten sie sich über das ganze Jahr und waren weniger von deutschen Facharbeitern getragen als vielmehr von «einfachen» Arbeiter*innen und in den spektakulärsten Fällen eben von migrantischen Arbeiter*innen. Bis heute gelten der Streik und die Betriebsbesetzung bei Ford

in Köln als der bekannteste Arbeitskampf in der Geschichte der Bundesrepublik. Mittlerweile sind aber auch die Streiks bei Hella in Lippstadt und bei Pierburg in Neuss bekannt, was an Jubiläumsveranstaltungen und dem Erinnerungspolitischen Engagement nicht zuletzt der an dieser Tagung beteiligten Organisationen und Akteur*innen liegen dürfte.

VORGESCHICHTE DER STREIKWELLE

Weniger bekannt ist aber die Vorgeschichte der migrantischen Kämpfe. 1973 war nicht der erste Moment, in dem sich Migrant*innen gegen die Arbeits- und Lebensbedingungen in Westdeutschland wehrten. Schon zu Beginn der Anwerbung war Widerstand wahrnehmbar. Oft setzten die Migrant*innen dabei ihre besondere Mobilität als Druckmittel ein. Gerade in den ersten Jahren der Anwerbung verließen 20 bis 30 Prozent der Angeworbenen vorzeitig ihren Arbeitsplatz oder die Bundesrepublik. In vielen Betrieben gehörte die Kündigung oder der bloße Bruch des Arbeitsvertrags durch Fernbleiben zu den üblichen und oft erfolgreichen Formen des Protests.⁷ Diese Fälle wurden von den Arbeitsämtern registriert und dokumentiert. In einem dieser dokumentierten Fälle aus Südbayern, den Monika Mattes recherchiert hat, konnten Migrantinnen 1963 durch die Abwanderungsandrohung eine Lohnsteigerung von 200 auf 450 DM erwirken.⁸

Die Arbeitsgenehmigungen waren eigentlich regelmäßig lokal, auf einen bestimmten Arbeitgeber oder eine bestimmte Branche beschränkt – offensichtlich setzten sich die Migrant*innen darüber aber wiederholt und erfolgreich hinweg. Entsprechend appellierte man in Unternehmerkreisen vertragsbrüchige Arbeitnehmer*innen nicht erneut einzustellen. Im *Handelsblatt* hieß es 1960:

«Leider haben auch manche Betriebe, zumindest unbewußt, die Arbeitsvertragsbrüche und den Arbeitsplatzwechsel ausländischer Arbeitnehmer dadurch gefördert, daß sie in ihren Betrieb wahllos ausländische Arbeitskräfte aufnahmen, die in anderen Betrieben arbeitsvertragsbrüchig geworden sind, erst nachträglich die Arbeitserlaubnis beantragen und aufs schärfste protestieren, wenn das Arbeitsamt die Arbeitserlaubnis ablehnen will.»⁹

6 Ausführlich zur politischen Geschichte des Anwerbstopps vgl. Berlinghoff, Marcel: Das Ende der «Gastarbeit». Europäische Anwerbstopps 1970–1974, Paderborn 2013, S. 208–268; Ders.: Der europäische Anwerbestopp, in: Jochen Oltmer/Axel Kreienbrink/Carlos Sanz Díaz (Hrsg.): Das «Gastarbeiter»-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa, München 2012, S. 149–164; Herbert, Ulrich/Hunn, Karin: Gastarbeiter und Gastarbeiterpolitik in der Bundesrepublik. Vom Beginn der offiziellen Anwerbung bis zum Anwerbestopp (1955–1973), in: Axel Schildt/Detlef Siegfried (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 273–310, insbes. S. 308.

7 Vgl. Goeke 2020, S. 61–66.

8 Vgl. Mattes, Monika: «Gastarbeiterinnen» in der Bundesrepublik. Anwerbepolitik, Migration und Geschlecht in den 50er bis 70er Jahren, Frankfurt am Main 2005, S. 230f.

9 «Vertragsbrüche ausländischer Arbeiter. Die Bundesanstalt hat große Sorgen – Betriebe handeln oft sehr kurzsichtig», in: Handelsblatt, 6.9.1960; AfsB (Bochum), IGBE-Archiv 13797.

Neben solchen eher verdeckten Kämpfen, bei denen die staatlich vorgeschriebene räumliche Einschränkung der Arbeitsgenehmigung gegen die besondere Mobilität migrantischer Arbeiter*innen stand, äußerten Migrant*innen auch bereits zu Beginn der 1960er Jahre in Streiks ihre Unzufriedenheit mit den vorgefundenen Arbeits- und Lebensbedingungen. Im Bergbau kam es Anfang der 1960er Jahre zu einer kleinen Welle spontaner Streiks von ausländischen, vor allem aus der Türkei angeworbenen Beschäftigten. Anlass waren Wohnbedingungen, unerwartet hohe Abzüge vom Bruttolohn, nicht nachvollziehbare Akkordbezahlungen und der Einsatz auf Arbeitsplätzen unter der eigentlichen Qualifikation. Diese Auseinandersetzungen endeten meist mit Polizeieinsätzen und der Abschiebung der vermeintlichen Rädelsführer. Betriebsräte reagierten mit Unverständnis und unterstellten, das südländische Temperament der Streikenden sei für die Aufstände verantwortlich.¹⁰ Die Gewerkschaft nahm die Streiks aber zum Anlass, um sich Unterstützung aus der Türkei zu holen, vermehrt auch in den entsprechenden Fremdsprachen für die eigene Organisation zu werben und ausländische Vertrauensleute auszubilden. Die Zahlen zum Organisationsgrad der ausländischen Beschäftigten in der IG Bergbau Energie belegen den Erfolg dieser Maßnahmen. Wolfgang Jäger schildert, wie ambivalent das Verhältnis der Vorgängergewerkschaften der heutigen IG BCE zur Beschäftigung von Migrant*innen trotz hoher Organisationsgrade aber bis in die Gegenwart blieb.¹¹

Ein ähnliches Ergebnis wie die Streiks im Bergbau hatte die international für Aufsehen sorgende Auseinandersetzung bei der Volkswagen AG in Wolfsburg. Hier wurden der Tod eines italienischen Arbeitskollegen und Missverständnisse über die Ursachen dafür zum Anlass für einen kleinen Aufstand. Mehr als die Hälfte der etwa 3.000 italienischen Beschäftigten traten am 5. November 1962 in einen spontanen Streik und forderten Verbesserungen bei der Unterbringung und der Gesundheitsversorgung. Der Streik führte zwar auch zur Entlassung und Abschiebung von zahlreichen italienischen Arbeitern, die Forderungen wurden aber erfüllt und im Nachgang war der Aufstand Anlass dafür, dass sich das gewerkschaftliche Engagement im Betrieb enorm verbesserte, die Betriebsleitung ihre Blockade gegenüber der IG Metall aufgab und letztlich das

Wolfsburger Volkswagenwerk 1965 der erste Betrieb mit einem ausländischen Betriebsrat wurde. Dies war der aus Apulien stammende Arbeiter Lorenzo Annese.¹² Für Angehörige aus EWG-Staaten war es bereits seit 1963 möglich, für den Betriebsrat zu kandidieren.

EXILPOLITIK

Es ist wichtig, sich auch an diese frühen Auseinandersetzungen zu erinnern, denn sie machen deutlich, dass die Gewerkschaften oftmals einen gehörigen Anstoß brauchten, um in eine aktive Werbungs- und Vertretungspolitik einzusteigen. Und sie machen deutlich, dass das teilweise bis heute reproduzierte Bild der passiven, unpolitischen und dankbaren «Gastarbeiter» nicht zutrifft.

Sicherlich kann man bei den mehreren Millionen Menschen sowieso nicht den Prototyp des «Gastarbeiters» oder der «Gastarbeiterin» finden. Die Motive für die Einreise und die Arbeitsaufnahme waren vielfältig und genauso vielfältig waren der Bildungshintergrund und die gewerkschaftlichen Vorerfahrungen. Aber um dem dominanten Bild des schüchternen unpolitischen Arbeitsmigranten etwas entgegenzusetzen, erscheint es wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass es durchaus einen beträchtlichen Anteil an Migrant*innen gab, die schon in ihren Herkunftsländern politisiert wurden und sich auch dort schon an Arbeitskämpfen beteiligt hatten. Für einige war der Arbeitsvertrag in Deutschland die Möglichkeit, sich dem Zugriff der diktatorischen Regime in Spanien und Portugal, in Jugoslawien und zeitweise auch in Griechenland und der Türkei zu entziehen.

Von Westdeutschland aus wurde Widerstand gegen diese Regime organisiert und es wurden internationale Kontakte gepflegt und aufgebaut. Die Gewerkschaften waren dabei oft wichtige Alliierte. In der IG Metall unterstützte unter anderem Max Diamant, der langjährige Leiter des Referats «Ausländische Arbeitnehmer», die spanischen Exilant*innen im Kampf gegen das Franco-Regime. Er war selbst während des spanischen Bürgerkriegs für die Sozialistische Arbeiterpartei in Spanien aktiv und verbrachte die NS-Zeit unter anderem im mexikanischen Exil. Die jüdisch galizische Familie Diamants lebte zunächst in Polen, dann in Deutschland und siedelte 1924 in die

10 Vgl. Goeke 2020, S. 66–78.

11 Vgl. Jäger, Wolfgang: Arbeitsmigration und Gewerkschaften. Die Recklinghäuser Tagung als migrationspolitisches Forum der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie. Working Paper Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 238, Düsseldorf 2022, 102 Seiten, online: https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008247.

12 Vgl. Goeke, Simon: Die Volkswagenwerk AG und die Auswirkungen des «wilden (Italiener-)Streiks» von 1962, in: Das Archiv. Zeitung für Wolfsburger Stadtgeschichte Nr. 7 / Dezember 2022, S. 1–6.

Sowjetunion über. Dort geriet Max Diamant mit gerade erst 19 Jahren in Konflikt mit dem Sowjet-Regime. Psychischer Druck, Verhöre, Zensur und Überwachung trieben den Sozialisten 1927 in die Flucht nach Deutschland. Mit diesen Erfahrungen wurde er zum wichtigen Verbündeten der Migrant*innen in den Gewerkschaften.¹³

1968 UND DER BETRIEBLICHE KAMPF-ZYKLUS BIS 1973/74

Die antidiktatorischen Proteste, insbesondere gegen das Obristen-Regime in Griechenland, waren dann oft auch eine erste Kontaktzone von migrantischen Arbeiter*innen und deutschen Student*innen. Mit dem Austritt der Gewerkschaften aus der Bewegung gegen die Notstandsgesetze 1968 und mit dem Zerfall des SDS orientierten sich nicht wenige Achtundsechziger auf betriebsinterventionistische Ansätze.¹⁴ Der Mai 1968 in Paris sowie die umfassenden betrieblichen Streiks in Italien und Westdeutschland 1969 ließen es ihnen plötzlich wieder realistisch erscheinen, die Arbeiterklasse für revolutionäre Projekte zu gewinnen. Die antiautoritäre Revolte hatte zudem in den Betrieben insbesondere bei jungen Arbeiter*innen ihren Widerhall gefunden und die Verbindungen zwischen Arbeiterbewegung und Studentenbewegung waren in den Herkunftsländern der Migrant*innen oft wesentlich enger als in Westdeutschland. Die Hoffnung der Achtundsechziger, in den jungen migrantischen Arbeiter*innen Verbündete zu finden, war also nicht ganz unbegründet.

Der Einfluss der Achtundsechziger auf die migrantischen Streiks Anfang der 1970er Jahre war dann jedoch eher gering – ganz zu leugnen ist er aber auch nicht. In den vielen der beteiligten Betriebe waren Aktivist*innen der verschiedenen linksozialistischen, maoistischen, operaistischen und leninistischen Gruppierungen aktiv. Wir wissen heute, dass der Streikausbruch bei Ford zwar spontan geschah, im Betrieb aber schon Wochen vorher viele Akteure an der Vorbereitung eines solchen Streiks arbeiteten und wichtige Unterstützung von außen während des Streiks organisierten. Die Kontrolle über das Streikkomitee konnten sie aber nie erlangen.¹⁵ Und auch bei Pierburg in Neuss gab es Kontakte zum Revolu-

tionären Kampf in Frankfurt und zum Sozialistischen Büro in Offenbach. Hier hatte der Betriebsrat und insbesondere der gewerkschaftliche Vertrauenskörper schon viele Monate vorher verschiedene Eskalationsstufen vorbereitet und die Beschäftigten über die Missstände bei den Leichtlohngruppen informiert.¹⁶ Eine sozialistische Exilgruppe aus Griechenland war außerdem vor Ort aktiv und verfügte über Informationen, die nur Betriebsinterne haben konnten. Dieter Braeg, damals Betriebsrat bei Pierburg, hat wiederholt betont, wie wichtig die monatelange Vorarbeit für den erfolgreichen Ausgang des Streiks waren.

Entscheidend für den Ausbruch der Streiks 1973 waren aber sicherlich die sozialen Missstände und die Erkenntnis, dass man auch mit kleineren Aktionen, wenn sie gut geplant waren, den Konzernen großen Schaden zufügen konnte. Die Arbeiterschaft in den Industriebetrieben war sich durchaus ihrer Macht bewusst. Seit dem heißen Herbst 1969 hatte es in der westdeutschen Industrie immer wieder zweite Lohnrunden und betriebliche Streiks zur Durchsetzung von lokalen oder auf einen Betrieb bezogenen Forderungen gegeben. Peter Birke hat diese Streiks ausführlich untersucht.¹⁷ Er und viele andere sprechen in diesem Zusammenhang von einem Kampfzyklus der sich von 1968/69 bis 1973/74 zog. Tatsächlich lässt sich das an einigen Betrieben direkt ausmachen. So bezogen sich 1973 die Streikenden bei Hella in Lippstadt und bei Pierburg in Neuss beispielsweise direkt auf die dortigen Kämpfe und Forderungen von 1969 und 1970.

Die betrieblichen Streiks im September 1969 waren zwar bis auf wenige Ausnahmen (darunter Hella in Lippstadt) nicht explizit von migrantischen Beschäftigten geprägt, sondern eher von der deutschen Facharbeiterschicht ausgegangen, aber die ausländischen Kolleg*innen hatten in den betroffenen Betrieben durchaus mitgestreikt und galten als «loyale Streikpartner»¹⁸.

1970 wurden dann nachgewiesenermaßen bei Pierburg in Neuss, bei der John-Deere-Lanz AG in Mannheim sowie im Mannheimer Stahlwerk, bei Südrad in Ebersbach an der Fils und bei Karmann in Osnabrück migrantisch geprägte Arbeitskämpfe geführt.¹⁹

13 Vgl. Scharrer, Manfred: Max Diamant – Erzählte Lebensgeschichte, in: Neue Gesellschaft - Frankfurter Hefte Nr. 9 /1988, S. 805–814; Platz, Johannes/Muñoz Sánchez, Antonio/zur Mühlen, Patrik von (Hrsg.): Max Diamant. Sozialist, Exilant, Gewerkschafter, Bonn 2017.

14 Vgl. Arps, Jan Ole: Frühschicht. Linke Betriebsintervention in den 70er Jahren. Berlin 2011.

15 Vgl. Goeke 2020, S. 112–124; Roßmann, Witich: Verhandlungs- versus Aufstandslogik. Wilder Streik bei Ford 1973, in: Sozialismus, Nr. 7-8 /2023, S. 34–41, unter: <https://www.sozialismus.de/detail/artikel/verhandlungs-versus-aufstandslogik> (Zugriff 10.10.2023).

16 Vgl. Goeke, Simon: Der Kampf der Pierburg Arbeiterinnen gegen Lohndiskriminierung. Geschichte und Erinnerung, in: Nuria Cafaro/Bernd Hüttner/Caner Tekin (Hrsg.): Gelingende und misslingende Solidarisierungen. Spontane Streiks in Westdeutschland um 1973, Berlin 2023, S. 33–47.

17 Vgl. Birke, Peter: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark, Frankfurt am Main 2007.

18 Vgl. Kühne, Peter: Ausländische Industriearbeiter. Zwischen Anpassung und Widerstand, in: Rainer Duhm (Hrsg.): Krise und Gegenwehr. Ein Arbeitsbuch zum politischen Alltag in den Betrieben, Berlin 1975, S. 100–112, hier S. 109.

19 Vgl. Goeke 2020, S. 94–97.

Das Jahr 1971 war durch zum Teil heftige Tarifauseinandersetzungen in der chemischen Industrie und im Metallsektor geprägt. Die in den Tarifikämpfen eindrücklich zum Ausdruck kommende gesteigerte Bereitschaft zum Streik verdeutlicht, dass diese Kämpfe nicht als Unterbrechung des Zyklus zu verstehen sind, sondern vielmehr eine Kanalisierung der Unzufriedenheiten im Rahmen der Tarifautonomie bedeuteten. Und auch in dieser Tarifauseinandersetzung führte in einigen Betrieben die Belegschaft eigenständige, nicht mit der Gewerkschaft abgesprochene Aktionen durch, um das Tarifergebnis nochmal zu verbessern.

1972 war dann geprägt vom Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Willy Brandt, das er nur knapp überstand. Diese Tatsache dürfte nicht unerheblich gewesen sein für den Fakt, dass die Gewerkschaften Ende 1972 dazu bereit waren, einen niedrigen Lohnrahmen zu akzeptieren und Anfang 1973 mit relativ geringen Abschlüssen aus den Tarifikämpfen hervorgingen.²⁰ Die hohe Inflation sowie steuerliche Mehrbelastungen und Erhöhungen bei den Sozialabgaben Anfang 1973 führten sogar zu sinkenden Reallöhnen. Wirklich abgeschlossen war der Kampfzyklus erst mit dem ÖTV-Streik 1974. Bei dem ersten flächendeckenden Streik im öffentlichen Dienst, dem Nahverkehr und dem Transportgewerbe der Bundesrepublik erreichte die Gewerkschaft eine Lohnsteigerung von elf Prozent.²¹

Die Hintergründe der Streikwelle 1973 lassen sich also wie folgt zusammenfassen: Die Belegschaften der Industriebetriebe spürten, dass mehr zu holen war, als das Tarifergebnis einbrachte. Sie hatten in den vergangenen Jahren bereits betriebliche Streiks durchgeführt, die teilweise erfolgreich waren und wussten, dass auch mit kleineren Aktionen eine ganze Produktion lahmgelegt werden konnte. Hinzu kamen ein sich mit den Achtundsechzigern durchsetzender antiautoritärer Kulturwandel, linkssozialistische Betriebsinterventionen, das Wissen über erfolgreiche Streiks in anderen europäischen Ländern und bei den ausländischen Beschäftigten nicht zuletzt eine chronische und wachsende Unzufriedenheit mit den Bedingungen der Fließbandproduktion, dem Leben im Wohnheim und der politischen Unmündigkeit.

Als Willy Brandt mit einer Fernsehansprache auf die Streiks und insbesondere auf den Ford-Streik reagierte, und eine Beendigung des Arbeitskampfes

forderte, sagte er unter anderem: «Das ist kein Streik mehr das ist eine Bewegung». – Eine durchaus auch aus historischer Sicht zutreffende Analyse.²²

Diese sich in betrieblichen Streiks äußernde Bewegung war und blieb aber nicht auf die Betriebe beschränkt. Schon die Forderungen zeigten, dass es um gesellschaftliche Zusammenhänge ging. So hatten die Migrantinnen bei Pierburg beispielsweise anfangs auch einen bezahlten Hausfrauentag gefordert und bei vielen der Streiks wurde der Austausch von sich rassistisch verhaltenden, ihre Macht missbrauchenden oder einfach nur extrem unfreundlichen Vorarbeitern oder Meistern verlangt. In den damaligen Interviews kommt eindeutig zum Ausdruck, dass es sich bei den migrantischen Streiks ebenso um eine Bewegung gegen die für sie vorgesehene Stellung in der Gesellschaft und gegen die prekären Bedingungen des Aufenthaltsrechts ging. Die Streiks waren damit auch eine antirassistische und feministische Bewegung.

1973 – EINE EUROPÄISCHE BEWEGUNG VON MIGRANT*INNEN?

Doch inwiefern lassen sich die Arbeitskämpfe 1973 als ein Höhepunkt der migrantischen Kämpfe in Europa deuten? Einerseits hatten die Kämpfe in Westdeutschland, wo zum damaligen Zeitpunkt offiziell knapp 2,5 Millionen ausländische Beschäftigte arbeiteten, selbstverständlich Ausstrahlung auf die Herkunftsländer der Migrant*innen. Andererseits wird 1973 damit aber noch nicht ein europäisches Phänomen. Allerdings war die Anwerbung und Anstellung von Migrant*innen kein deutscher Sonderweg. In allen nordwesteuropäischen Volkswirtschaften hatte ein extensives Wirtschaftswachstum zu Arbeitskräftemangel geführt, der durch angeworbene Migrant*innen und die Migration aus den ehemaligen Kolonien und «Schutzgebieten» gedeckt wurde. Laut Marcel Berlinghoff und Klaus Bade lebten 1970 in der Bundesrepublik etwa 3 Millionen, in Frankreich 2,6 Millionen, in Großbritannien circa 2 Millionen, in der Schweiz etwas über eine Million, in Belgien rund 700.000, in Schweden 410.000 und in den Niederlanden 260.000 Ausländer. Womit sich die Zahl der Ausländer in Nordwesteuropa von 1950 bis 1970 etwa verdreifacht hatte.²³ Die Zahlen sind selbstverständlich mit Vorsicht zu genießen, denn der Zugang zur Staatsbürgerschaft unterschied sich in den genannten Staaten erheblich. Eine solche Ausländerstatistik ist keineswegs deckungsgleich

20 Vgl. Birke 2007, S. 286f.

21 Vgl. Führer, Karl Christian: Gewerkschaftsmacht und ihre Grenzen. Die ÖTV und ihr Vorsitzender Heinz Kluncker 1964–1982, Bielefeld 2007, S. 339–380.

22 Willy Brandt, Verantwortung aller für das Stabilitätsprogramm. Ansprache des Bundeskanzlers, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1973, Nr. 101, S. 1009.

23 Vgl. Berlinghoff, Marcel: Das Ende der «Gastarbeit». Europäische Anwerbestopps 1970–1974, Paderborn 2013, S. 14.

mit einer Statistik über die zugewanderte Bevölkerung, bietet aber einen ersten Indikator dafür, wie stark alle nordwesteuropäischen Staaten in den 1960er und 1970er Jahren durch Zuwanderung geprägt wurden.

Gleichzeitig erfuhren auch die industriellen Gebiete Süd- und Südosteuropas eine starke Zuwanderung, die sich allerdings meist aus der Bevölkerung des eigenen Staatsgebiets speiste. In vielen Fällen gestaltete sich die Arbeits- und Lebenssituation dieser Binnenmigrant*innen sehr ähnlich wie die der Migrant*innen in Nordwesteuropa. Olga Sparschuh hat das mit ihrem Vergleich der süditalienischen Migration nach Turin und München eindrucksvoll belegen können. Sie spricht in diesem Zusammenhang von einer «Europäisierung der Migrationserfahrung».²⁴

Die liberale Zuwanderungspolitik der nordwestlichen Staaten Europas kam aber Anfang der 1970er Jahre zu einem Ende. Die Schweiz machte 1970 mit einer festgelegten Zuwanderungsquote den Anfang. In Schweden und Dänemark wurde 1972 die Zuwanderung aus nicht EWG-Staaten eingeschränkt. In Großbritannien trat im Januar 1973 der *Immigration Act* in Kraft, wodurch Bürger*innen des Commonwealth keinen freien Zugang zu den britischen Inseln mehr hatten. 1973 erfolgte der Anwerbestopp in der Bundesrepublik, ebenso schränkten die Niederlande, Belgien und Österreich die Zuwanderung stark ein. In Frankreich wurde dann im Sommer 1974 ein Zuwanderungsstopp verkündet, der sogar den Familiennachzug miteinschloss. Auch in den anderen europäischen Staaten kann die Rezession und der Ölpreisschock nicht als ausschließliche Erklärung dienen – es war vielmehr eine erste, zudem wenig koordinierte Europäisierung der Migrationspolitik, die sich zum Ziel setzte, europäische Binnenmigration zuzulassen, außereuropäische Migration aber weitgehend zu verhindern. Gleichzeitig war die Wanderung der Arbeitskräfte nach Nordeuropa dort nie als eine tatsächliche Immigrationspolitik verstanden worden. Erst Ende der 1960er Jahre wurde für die Regierungen deutlich, dass die temporär gedachte Arbeitsmigration zu einer Niederlassung erheblicher Teile der Migrant*innen und dem Nachzug der Familien führen wird. Dadurch sah man den volkswirtschaftlichen Überschuss, der sich zunächst aus der demografischen Zusammensetzung der Migrant*innen ergibt, schrumpfen. Man sah außerdem diverse soziale und innenpolitische Probleme, die mit einer tatsächlichen Einwanderung einhergehen würden.

Es liegt nahe, hinter dieser europäischen Entdeckung der Einwanderung Anfang der 1970er Jahre auch eine europäische Bewegung der Einwandernden zu vermuten, gerade weil für Westdeutschland ja erwiesen erscheint, dass die betrieblichen Streiks 1973 den Willen der Bundesregierung, die Zuwanderung zu beschränken, wesentlich verstärkten.

Und tatsächlich scheint es auf mehreren Ebenen simultane Entwicklungen in den europäischen Zuwanderungsräumen gegeben zu haben. Denn der Streikzyklus von 1969 bis 1973 trifft auf ganz Westeuropa zu. Und insbesondere in der Automobilindustrie, die überall stark von migrantischen Arbeitskräften geprägt war, waren diese Kämpfe stark und umgreifend. Um 1970 waren migrantisch geprägte Streiks gerade in europäischen Autofabriken keine Seltenheit. Zählen wir die Binnenmigrant*innen aus dem Mezzogiorno dazu, die im Herbst 1969 bei Fiat in Turin streikten, waren dies sicherlich die spektakulärsten und frühesten Kämpfe in diesem Zyklus. Doch auch in Belgien standen laut Stijn Carpentier Anfang der 1970er Jahre Migrant*innen an der Spitze der betrieblichen Streiks.²⁵

In England gilt der Ende 1972 bei der Textilfirma Mansfield Hosiery von überwiegend aus Indien stammenden Arbeiter*innen erfolgreich geführte Streik als erster wichtiger Erfolg des migrantischen Widerstands.²⁶ Selbst im nicht besonders streikfreudigen Schweden erlangten Streiks migrantischer Automobilarbeiter bei Saab und Volvo 1970 große Aufmerksamkeit. Die Kämpfe richteten sich vor allem gegen die Niedriglöhne und die Fabrikdisziplin. Da aber Migrant*innen diesen Arbeitsplätzen besonders häufig ausgesetzt waren, waren die Streiks selbstverständlich gleichzeitig immer auch ein Protest gegen diese rassistisch segmentierten Arbeitsmärkte und den Mangel an gewerkschaftlicher und politischer Repräsentation.

Es lässt sich schwerlich behaupten, dass das Jahr 1973 der Höhepunkt der migrantischen Kämpfe in Europa war. Das wäre dann wohl doch eine zu westdeutsche Perspektive auf europäische Geschichte. Aber es ist durchaus offensichtlich, dass sich zu Beginn der 1970er Jahre an vielen Orten Europas analog zu den neuen sozialen Bewegungen migrantische und antirassistische Bewegungen formierten, deren zentrale Protestform der betriebliche Streik war.

24 Vgl. Sparschuh, Olga: Fremde Heimat, fremde Ferne. Italienische Arbeitsmigration in Turin und München 1950–1975, Göttingen 2021; Dies. Für eine europäische Geschichte der Arbeit. Italienische Migration in Turin und München, 1950–1975, (GLHA-Schriften, Band 2, 2022), unter: https://www.germanlabourhistory.de/wp-content/uploads/2022/11/Sparschuh_Broschur_GLHA_online.pdf (Zugriff 19.10.2023).

25 Vgl. Carpentier, Stijn: Within, With and Without the Pillars: Mobilization and Integration of Moroccan and Turkish Migrants by the Belgian Trade Unions after the 1974 Migration Stop, in: Stefan Berger/Simon Goeke/Caner Tekin (Hrsg.): Migration, Selbstorganisation und Arbeiterbewegung (Arbeitstitel), erscheint voraussichtlich Ende 2023.

26 Vgl. Trede, Oliver: Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration. Gewerkschaften und Arbeitsmigration in der Bundesrepublik und in Großbritannien 1960–1980, Paderborn 2015, S. 251f.

So gelten in Frankreich die Hungerstreiks, die betrieblichen Streiks und Proteste gegen die 1972 verabschiedeten «Circulaires Marcellin-Fontanet» als die Geburtsstunde der Bewegung der Sans Papier. Viel Aufmerksamkeit erhielt auch hier ein Streik in einer Autofabrik. Am Rande von Paris streikten am 21. März 1973 im Presswerk von Renault in Billancourt 400 fast ausschließlich ausländische angelernte Arbeiter und forderten eine Reform der fragmentierten Lohngruppen und ihre bessere Eingruppierung. Nach der Aussperrung durch die Werksleitung solidarisierte sich nahezu die gesamte 40.000-köpfige Belegschaft der verschiedenen Werke. Der Streik wurde von Solidaritätsdemonstrationen begleitet, an denen landesweit bis zu einer halben Millionen Menschen teilnahmen. Die Demonstrant*innen richteten sich auch gegen die «Circulaires Marcellin-Fontanet».²⁷

Interessanterweise fand zeitgleich in Paris eine internationale Konferenz von Automobilarbeitern statt, auf der sich revolutionäre Gruppen über ihre betriebsinterventionistischen Ansätze austauschten. Dank Dietmar Lange wissen wir mehr über die Vernetzung dieser Gruppen aus Italien, Frankreich, der Schweiz, England und Westdeutschland.²⁸ Die Gruppe *Arbeitersache* aus München, von deren Arbeiterliedern zu Beginn erzählt wurde, war Teil dieser Vernetzung. Der Einfluss dieser maoistischen und operaistischen Gruppen auf die betrieblichen Streiks muss insgesamt aber besonders für Westdeutschland eher gering gewesen sein. Zumindest ist das den eigenen Veröffentlichungen und Rückblicken der Aktivist*innen zu entnehmen, die ja eher zur Überschätzung der eigenen Rolle im Klassenkampf tendierten. Interessant ist aber die Analyse der Aktivist*innen. Sie gelangten zu der Einschätzung, dass sich die Streiks der Bandarbeiter*innen nicht in eine internationale Bewegung entwickeln werden. Die Kämpfe seien zu vereinzelt und asynchron und es fehle eine Organisation, die fähig sei die Aktionen zu koordinieren. Kurzerhand erklärten sie ihre Betriebsinterventionen für gescheitert und verlagerten ihre politische Arbeit auf andere Bereiche. Für die deutschen Gruppen war das besonders dramatisch, denn tatsächlich hatten sie ihre Betriebsinterventionen so nur wenige Monate vor dem Flächenbrand im August aufgegeben, weil sie eine Entwicklung voraussahen, die dann auch eintrat. Die Proteste von Migrant*innen verlagerten sich auf Sphären außerhalb der Betriebe und Arbeitskämpfe wurden nun eher gemeinsam mit den Gewerkschaften geführt und waren nur in Einzelfällen auf die Intervention linksradikaler Gruppen zurückzuführen.

Doch auch wenn es nur wenig Vernetzung unter den migrantischen Streiks in Europa gab und 1973 wohl nur in Westdeutschland ein besonderer Höhepunkt war, ist es wahrscheinlich nicht verkehrt von einer internationalen Bewegung zu sprechen, die zwar nicht vernetzt war, aber deutliche Spuren in der Sozialgeschichte ganz Europas hinterlassen hat. Viele der nationalen Gewerkschaftsverbände integrierten die Forderungen der Migrant*innen und organisierten sie nun wesentlich erfolgreicher. Und viele Migrant*innen blieben aktiv und kämpften weiterhin für eine bessere Repräsentation und ein Ende der politischen Bevormundung. So wie Migration und Einwanderung zu einer europäischen Erfahrung wurden, so wurde Anfang der 1970er Jahre auch der Kampf von Migrant*innen um Gleichberechtigung und Anerkennung zu einer europäischen Erfahrung.

Dr. Simon Goeke ist Historiker und arbeitet seit 2017 als Kurator und wissenschaftlicher Mitarbeiter für Migrationsgeschichte am Münchner Stadtmuseum.

Nach seinem Studium forschte und lehrte er in dem interdisziplinären Ausstellungsprojekt «Crossing Munich. Orte Bilder und Debatten der Migration».

Er ist Teil des Kollektivs, das das interaktive Web-Archiv *mapping.postkolonial.net* entworfen hat und weiterhin betreut. In seiner Doktorarbeit mit dem Titel «Wir sind alle Fremdarbeiter!» (Paderborn 2020) setzt er sich mit den migrantischen Kämpfen der 1960er- und 1970er-Jahre in der Bundesrepublik und ihren Verbindungen zu den sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften auseinander.

IMPRESSUM

Diese Online-Publikation wird von der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegeben.
V. i. S. d. P.: Bernd Hüttner
Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin
www.rosalux.de
Redaktionsschluss: 10. Oktober 2023.

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

²⁷ Vgl. Berlinghoff 2013, S. 305f.

²⁸ Vgl. Lange, Dietmar: Konferenz betriebsinterventionistischer Gruppen der europäischen radikalen Linken in Paris im April 1973 – ein zeitgenössischer Bericht, in: Arbeit – Bewegung – Geschichte, Heft 1/2016, Linke Betriebsintervention wilde Streiks und operaistische Politik 1968 bis 1988, Berlin 2016, S. 91–99.